

# Breslauer Zeitung.



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anzeigensgebühren für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 176. Mittag-Ausgabe.

Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 16. April 1879.

## Deutschland.

Berlin, 15. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Ober-Regierungs- und Vortragenden Rathe im Ministerium des Innern, Benzel, den Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Regierungs-Rath mit dem Range eines Rathes I. Klasse verliehen; und den bisherigen Landes-Defonomie-Rath Dr. Thiel zum Geheimen Regierungs- und Vortragenden Rath im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt.

Der Rector Dr. van Vebber ist zum Abtheilungs-Vorsteher bei der Seewarte zu Hamburg ernannt. — Der Assistent am landwirthschaftlichen Institute der Universität zu Halle Dr. Kirchner ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät derselben Universität ernannt worden. Der ordentliche Lehrer am Domgymnasium in Halberstadt Dr. Diederichs ist zum Oberlehrer an derselben ernannt worden. Der ordentliche Lehrer am Gymnasium in Guben Dr. Breithaupt ist in gleicher Eigenschaft an das Domgymnasium in Halberstadt versetzt worden. In dem Schullehrer-Seminar zu Angerburg ist der Lehrer Rogowski daselbst als Hilfslehrer angestellt worden. — Der Ober-Gerichts-Director, Präsident Wiarda in Aurich und der Rechtsanwält und Notar, Justizrath Höfener in Demmin sind gestorben. Der Rechtsanwalt Meyer in Pyrmont ist in Folge rechtskräftigen Disciplinar-Erkenntnisses aus dem Dienst entlassen.

Berlin, 15. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] wohnte am ersten Osterfesttage, Mittags um 12 Uhr, mit Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin und den hier anwesenden königlichen Prinzen und Prinzessinnen einem Gottesdienste im Kaiserlichen Palais bei, empfing später den Staatsminister Dr. Friedenthal und gewährte dem bisher als Militär-Attaché bei der hiesigen königlichen italienischen Botschaft in Function gewesenen Oberst-Lieutenant Grafen Luchino del Mayno eine Abschiedsaudienz. Gestern, am zweiten Osterfesttage, nahm Se. Majestät einen Besuch Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Carl entgegen und empfing den Oberst-Kammerer Grafen Hedern, sowie den General-Stabsarzt der Armee, Leibarzt Dr. Grimm. Heute Vormittag stattete Se. Majestät dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, nach dessen Ankunft im königlichen Schlosse einen Besuch ab und empfing später den Gegenbesuch Sr. königlichen Hoheit. Im Laufe des Vormittags hörte Se. Majestät die Vorträge des Polkei-Präsidenten von Madai, des Chefs der Admiralität, Staatsministers von Stosch, und des Majors von Brauchitsch vom Militär-Cabinet und nahm in Gegenwart Sr. königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, commandirenden Generals des Garde-Corps, des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin, militärische Meldungen entgegen. — Heute findet im königlichen Palais ein Diner und eine Abendgesellschaft bei Sr. königlichen Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz statt. (N.-Anz.)

Berlin, 15. April. [Zur Besetzung des Reichsgerichtes.] — Reichsversicherungs-Gesetz. — Viehseuchengesetz. — Uebereinkunft zwischen Deutschland und Dänemark. [Officiös wird geschrieben: In Folge der vom Vorsitzenden des Justiz-Ausschusses des Bundesraths, Unterstaatssecretär Dr. Friedberg, auf heute Nachmittags angeordneten Sitzung des Ausschusses, behufs Vorberathung der vom Bundesrath zu vollziehenden Wahlen für die Richterstellen im Reichsgericht sind gestern die letzten Vorschläge seitens der einzelnen Bundesregierungen in Berlin eingetroffen. Die Wahlliste geht nach der heutigen Sitzung vom Justizauschuss an den Bundesrath, welcher seinerseits die von ihm definitiv gewählten Namen dem Kaiser zur Befestigung unterbreitet. Alle anderweitigen Meldungen, namentlich die der „National-Zeitung“, daß die Wahlen bereits perfect und vom Kaiser vollzogen seien, sind vollkommen unrichtig. — In Bezug auf die Ausarbeitung des Geseftentwurfs, betreffend die Regelung des Gütertarifs sind die bezüglichen Vorarbeiten bereits im Reichskanzler-Amt in Angriff genommen; auch steht die Bezeichnung der von den Regierungen zu ernennenden Mitglieder der besondern Commission in nächster Zeit zu erwarten, so daß zur Ausarbeitung des Entwurfs durch die Commission demnächst geschritten werden kann. — Nach Art. 4 der Reichsverfassung untersteht das Versicherungswesen dem Reich. Bereits vor längerer Zeit sammelte man Material für die Regelung dieses Gebietes. Mit Rücksicht auf die wichtige Justizorganisation unterblieben bisher weitere Schritte in der erwähnten Angelegenheit; neuerdings sind jedoch die Vorarbeiten für die Entwerfung eines Reichsversicherungs-Gesetzes wieder in Angriff genommen. Auch die Arbeiten für die Vorlage eines Viehseuchen-Gesetzes sind soweit gediehen, daß der Abschluß noch rechtzeitig genug zu erwarten ist, um diesen Entwurf dem Reichstag noch in der gegenwärtigen Session vorlegen zu können. — Zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark ist durch Auswechslung von Erklärungen der beiderseitigen Regierungen unter dem 4. April eine Uebereinkunft dahin getroffen worden, daß in Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder die Verpackung der letzteren, sowie bezüglich der Fabrik- oder Handelsmarken die Angehörigen des Deutschen Reiches in Dänemark und die dänischen Staatsangehörigen in Deutschland denselben Schutz wie die Inländer genießen sollen. Die Uebereinkunft soll in Kraft bleiben bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung durch den einen oder anderen Theil.

[Die Motive zu dem Zolltarif] sind auf dem Bureau des Reichstags nunmehr eingegangen. Es wird jedoch bei dem großen Umfang dieses Actenstückes wohl das Ende der Woche herankommen, bis die Druckfacen den Abgeordneten zugehen können.

Das Gesetz, betreffend die Erweiterung der durch das Gesetz vom 20. April 1869 für das Anlagecapital einer Eisenbahn von Fimmtrop über Dipe nach Kotho-Mühle im Wiggenthal abgenommenen Zinsgarantie wird im „Reichs-Anzeiger“ publicirt.

Verbot des Wiener „Kikeriki“ für das Reichsgebiet. [Nachdem durch die rechtskräftigen Urtheile des königlich preussischen Stadtgerichts zu Berlin vom 16. Januar und 21. Januar 1879 gegen die Nummern 99 und 101 des Jahrgangs 1878 der zu Wien erscheinenden periodischen Druckschrift „Kikeriki“ Verurtheilungen auf Grund der §§ 41 und 42 des Strafgesetzbuches erfolgt sind, wird auf Grund des § 14 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzblatt S. 65) die fernere Verbreitung dieser Druckschrift im Reichsgebiet auf die Dauer von zwei Jahren hierdurch verboten.]

Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878. Das Verbot der vom communistischen Arbeiter-Bildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ ertried sich auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Trotz alle dem“ zur Ausgabe gelangen.

König, 15. April. [Versammlung.] Die heute hier selbst im Gürzenich behufs Fassung einer Resolution zur Wirtschaftsprüfung

abgehaltene Versammlung war sehr zahlreich besucht. Die von dem Comité vorgeschlagene Resolution lautet: „Deutschland bedarf zur Entwicklung und Erhaltung seiner productiven Kräfte neben einer rationelleren Gestaltung des Eisenbahn-Tarifwesens einer festen, von nationalen Rücksichten geleiteten Wirtschafts- und Handelspolitik. Zu diesem Zwecke muß der seit dem Jahre 1875 verfolgte Weg verlassen und ein System von Grenzrollen errichtet werden, wodurch die von der freien internationalen Concurrenz gefährdeten Gebiete der vaterländischen Production hinreichend geschützt werden. Diese Zölle sind nach sorgfältiger Prüfung und sachgemäßer Abwägung unter thunlichster Berücksichtigung aller bestehenden Verhältnisse lediglich nach Maßgabe der Gesamt-Interessen des Volkes zu bemessen. In Konsequenz der vom Kaiser in der letzten Thronrede ausgesprochenen Meinung ist der Reichstag vor die Aufgabe gestellt, über die nothwendigen Aenderungen in der Wirtschaftspolitik des Reiches zu beschließen. Angesichts des täglich wachsenden Nothstandes erwartet die Versammlung, daß die Lösung dieser Aufgabe baldigst und jedenfalls noch im Laufe der gegenwärtigen Reichstagsession ihre Erledigung finden werde.“ Zu dieser vom Comité vorgeschlagenen Resolution beantragte Paul an Stelle des zweiten Satzes folgendes Amendement anzunehmen: „Zu diesem Zwecke muß der seit 1865 verfolgte Weg verlassen und ein System von Zöllen eingeführt, beziehungsweise wieder eingeführt werden, durch welches die directen Steuern, welche die Gewerbebetreibenden, besonders die Landwirtschaft in ungerechtfertigter Höhe belassen, zum Theil ersetzt und alle von der internationalen Concurrenz gefährdeten Gebiete der vaterländischen Production hinreichend geschützt werden.“

Würzburg, 15. April. [Im hiesigen Residenzschlosse] werden zur Zeit hällische Veränderungen vorgenommen, da dasselbe Sr. K. K. Hoheit dem Kronprinzen während dessen im Herbst vorzunehmender Inspection des 2. bairischen Armee-Corps vom Könige zur Verfügung gestellt werden soll.

## Italien.

Rom, 8. April. [Die Debatte in der Deputirtenkammer vom 4. d. M.] Wichtiger und bedeutungsvoller in ihren Konsequenzen als ähnliche öfter vorgekommene Manifestationen war die letzte in der italienischen Kammer stattgefundene Interpellations-Debatte über das Vorgehen der Regierung den republikanischen und sonstigen subversiven Vereinen und deren Agitationen und Demonstrationen gegenüber und die der Debatte gefolgt habende Abstimmung. Es handelte sich hierbei um die Entscheidung über die vom früheren Ministerium Cairoli-Zanardelli aufgestellte, einer allzulezten Aufassung des Vereins- und öffentlichen Sicherheitsgesetzes entsprechenden Behauptung, daß es wohl die Pflicht der Regierung sei, Attentate gegen die bestehende Staatsverfassung und die öffentliche Ordnung zu unterdrücken und die Schuldigen der gerechten Strafe zuzuführen, daß sie aber nicht das Recht habe, präventiv einzuschreiten und das Vorkommen solcher Ausschreitungen zu verhindern, mit einem Wort, um die Richtigkeit der vom früheren Minister des Innern Herrn Zanardelli aufgestellten Formel reprimere, ma non prevenire, und die vom gegenwärtigen Cabinet aufgestellte Behauptung, daß es Pflicht der Regierung sei, nicht nur bereits erfolgte Ausschreitungen zu unterdrücken, sondern der Ausführung derselben vorzubeugen, d. h. gegen die subversiven Elemente einzuschreiten, sobald dieselben, aus dem Rahmen der akademischen Discussion über die Staatsgesetze heraustretend, zur Action zu schreiten sich anschickten. Die Kammer hatte ihre Ansicht über diese Frage zwar schon durch das Votum vom 11. December v. J., welches den Sturz des früheren Cabinets zur Folge hatte, ausgesprochen, aber die damalige Discussion war durch mehrfache andere Vorfälle, denen das auf den König in Neapel unternommene Attentat zur Folge diente, beherzigt und die Frage konnte nicht mit jener Deutlichkeit und Entschiedenheit beantwortet werden, wie dies gegenwärtig geschah. Den phrasenreichen Declamationen der radicalen Deputirten Marcora, Bertani, Cavallotti und den kurzen, seinen Standpunkt erläuternden Auslassungen des früheren Ministers des Innern, Zanardelli, standen die lichtvollen, loyalen und energischen Erklärungen des Ministerpräsidenten Depretis, die glänzenden Reden der Deputirten Nicotera, Loy und Cobronchi gegenüber und die Kammer entschied mit einer imposanten Majorität, daß die von Herrn Zanardelli erfundene Devise reprimere ma non prevenire — unterdrücken aber nicht vorbeugen — absolut unhaltbar sei und die Regierung die Pflicht habe, präventiv einzugreifen, um das Ueberwuchern revolutionärer Leidenschaften zu verhindern. Was den glänzenden, hochwichtigen Sieg, welchen das gegenwärtige Cabinet bei dieser Gelegenheit erfochten, noch eclatanter und entscheidender machte, war die Thatsache, daß die ungeheure Mehrzahl der von Cairoli geführten Partei, sämtliche Mitglieder des von ihm präsidirten Cabinets — mit alleiniger Ausnahme Zanardelli's selbst — die Wahrheit und Richtigkeit der vom Ministerpräsidenten Herrn Depretis aufgestellten Principien anerkennen und demselben ein Vertrauensvotum erteilen mußten, obwohl dasselbe ein entschiedenes Verdammungsvotum der früher von ihm selbst verkündeten Regierungsprincipien involvirte. Diese Herren und ihre Partei versuchten es zwar, der von der Regierung angenommenen Tagesordnung eine andere Deutung zu geben, welche die durch dieselbe implicirte Abweisung der früher von ihnen verkündeten Principien, wenn nicht verhindern, so doch abschwächen sollte, aber die entschiedenen Erklärungen des Ministerpräsidenten, daß er bloß ein Votum annehmen könne, welches eine offene und rückhaltslose Billigung der von ihm mit Nichts zu wünschen übrig lassender Klarheit und Deutlichkeit verkündeten Principien involvirte, die energische Unterstützung dieser Forderung durch den Deputirten und Erminister Nicotera und endlich die entschiedene Erklärung des Antragstellers Spantigatti selbst, daß sein Antrag eine vollständige Billigung des von der Regierung proclamirten Principien und eine vollständige Billigung ihres Vorgehens involvirte, vereitelte diese Manöver und die Regierung erfocht einen Sieg, der ein so glänzender und bedeutungsvoller war, als die Anhänger Cairoli's selbst gezwungen waren, die Unhaltbarkeit der früher von ihnen verfolgten Theorien einzusehen und genöthigt waren, dieselben zu verleugnen und sich dem der Regierung erteilten Vertrauensvotum anzuschließen, so daß nicht den Republikanern und Radicalen der Kammer bloß Zanardelli und einige seiner engeren persönlichen Freunde, im Ganzen 37 Deputirten, gegen, der

Rest aber, Cairoli, Seismit-Doda, Vaccarini und andere Mitglieder des Cabinets Cairoli, im Ganzen 273 Deputirte, für die Regierung stimmten. Herr Cairoli hat auch bei dieser Gelegenheit eine glänzende Probe seines hohen Patriotismus, seines edlen hochherzigen Charakters geliefert, indem er persönliche und Partei-Interessen, seine Eigenliebe und Empfindlichkeit dem Wohle des Vaterlandes opfert und das edle offene Geständniß, sich früher geirrt zu haben, ist unserer Ansicht nach mindestens ebenso ehrenwerth, als das starre Festhalten Zanardelli's an seiner Theorie, deren Unhaltbarkeit schon durch die Thatsachen hinlänglich bewiesen wird. Mit der letzten Abstimmung, dem glänzenden Siege des Ministeriums, ist nun auch die lange vergeblich angestrebte Einigung der verschiedenen dissentirenden Parteigruppen der Linken eine Thatsache geworden und das Ministerium Depretis kann nun, durch eine imposante Majorität gestützt, an die Durchführung des von ihm aufgestellten Programms und die Realisirung der von ihm verkündeten Principien gehen. Die erwähnte Discussion der energischen, loyalen, an Klarheit und Entschiedenheit Nichts zu wünschen übrig lassenden Erklärungen der Regierung haben allenthalben den allerbesten Eindruck gemacht und werden nicht verfehlen, das Vertrauen und Ansehen der Regierung Italiens dem In- und Ausland gegenüber zu erhöhen und die Stellung des Ministeriums Depretis neu zu befestigen. Den widersinnigen allarmirenden Gerüchten über den eigentlichen Zweck der unerwarteten Ankunft Garibaldi's gegenüber braucht man bloß auf den physischen und moralischen Zustand des alten Hagedens hinzuweisen, um dieselben von selbst verstummen zu machen. Nein, der abgelebte Greis mit den eingefallenen leidenden Gesichtszügen, den matt und theilnahmslos ins Leere stierenden Augen, welcher, in warme Decken eingehüllt, unbeweglich auf einer Tragbahre lag und mittelst selbiger allein transportabel, der wird keinerlei tolle Unternehmungen, keine neuen Putsch ins Leben setzen, der Mann ist total fertig und ganz und gar ungefährlich geworden. Der Löwe hat nicht nur die Zähne und Krallen, sondern auch die Muskelkraft, die Lebendigkeit verlor und ist zum harmlosen Spielzeuge geworden. Sollten es aber dennoch Wahnsinnige für angezeigt halten, den Namen des armen Kranken mißbrauchend tolle Sprünge versuchen zu wollen, so wird die Regierung, durch das Vertrauen und die Unterstützung des Landes und der Volksvertretung getragen, keinen Augenblick lang ansetzen, dieselben mit aller Entschiedenheit zur Reision zu bringen.

## Frankreich.

Paris, 12. April. [Die Gehalts-erhöhung für die Weltgeistlichkeit und die Beschneidung der Gehälter der Erzbischöfe und Bischöfe. — Zur Stichwahl im 8. Pariser Bezirk. — Zur Candidatur Blanqui. — Die Petition der Bonapartisten. — Zur Witterung. — Willemeffant.] Die Unterredung Lepères mit der Budgetcommission ist gestern im Wesentlichen so verlaufen, wie man es erwartet hatte. Der Minister erklärte den Vertretern der Kammer, warum die Regierung nicht die Verminderung der im letzten Budget eingetragenen Cultusaufgaben, sondern im Gegentheil deren Erhöhung wünsche. Der Ministerconseil sei einig in dem Gedanken, daß man einerseits die Rechte des Gewissens und der Religion achten und andererseits den Rechten des Staats Achtung verschaffen müsse. Dieser doppelte Zweck lasse sich am besten dadurch erreichen, daß man einen deutlichen Unterschied mache zwischen der Säkulargeistlichkeit und den religiösen Genossenschaften. Nicht nur sei es zweckmäßig, die Gehälter der Pfarergeistlichen aufzubessern, sondern auch den Seminarien, in welchen diese Pfarergeistlichen erzogen werden, ihre Stipendien (für welche 900,000 Francs ins Budget eingetragen sind) zu belassen. Dagegen verpflichtete sich der Minister, allen Seminarien, in welchen Mitglieder nicht autorisirter Genossenschaften Unterricht erteilen, diese Stipendien zu entziehen. In allen Stücken werde die Regierung die Vertheiligung der Weltgeistlichkeit gegen die Congregationen, die sich an ihre Stelle zu setzen suchen, übernehmen, und überhaupt werde sie sich aller gesetzlichen Waffen bedienen, um die Uebergriffe der besagten Congregationen zurückzuweisen. Die Budgetcommission stimmte diesen Erklärungen zu, sie genehmigte den Credit von 900,000 Fr. für die Seminarstipendien, und sie bewilligte einen neuen Credit von 200,000 Francs, welcher dazu bestimmt ist, die Gehälter von 2000 Pfarergeistlichen zu erhöhen. Alsdann bewilligte sie einen Zuschuß von 123,000 Francs für die protestantischen Pastoren und von 15,000 Fr. für die Rabbiner. Sie verzichtete noch nicht ganz darauf, die Gehälter der Erzbischöfe und Bischöfe, welche weit über die im Concordat vorgeschriebenen Summen hinausgehen, ein wenig zu beschneiden. — Die Parteien haben jetzt definitiv für die am 20. April im 8. Pariser Bezirk vorzunehmende Stichwahl Stellung genommen. Es sind nur noch zwei Candidaten da, der Republikaner Clamageran und der Bonapartist Gabelle; aber dieser letztere tritt nicht mehr, wie beim ersten Wahlgange, als Bonapartist auf. In seinem ursprünglichen Glaubensbekenntniß sah er in der Rückkehr des Kaiserreichs das einzige Mittel, die Gesellschaft von den schrecklichen Gefahren, denen sie entgegengibt, zu retten, aber in seinem neuen Glaubensbekenntniß darf er kein Orleansisten und Legitimisten, die für ihn stimmen wollen, kein Vergerniß geben. Er spricht also nicht mehr von dem Kaiserreich und behauptet nur so oberflächlich „eine politische Treue“. Aus einem Imperialisten ist er ein einfacher Conservativer geworden, er hat seine Fahne in die Tasche gesteckt, ohne Zweifel, um sie bei günstiger Gelegenheit wieder hervorzuziehen. Die Blanqui'sche Frage ist in der Presse mehr als jemals an der Tagesordnung und man kann gewisse Blätter der äußersten Linken und der äußersten Rechten nicht öffnen, ohne fünf oder sechs Artikel zu finden, welche diesen Gegenstand behandeln. Da Blanqui, der ewige Insurgent, der nicht minder gewöhnlich an dem Sturz der Republik als an dem der Monarchie gearbeitet hat, sich von seinem Gefängniß aus an der Wahlpropaganda nicht betheiligen kann, so hat seine Schwester, die Wittve Antoine, in seinem Namen das Wort ergriffen. Sie dementirt das Gerücht, daß Blanqui seine Candidatur zurückziehe und in seinem Briefe an den Präsidenten des intransigenten Wahlcomites in Bordeaux dankt sie dafür, daß man auf die Idee gekommen, ihren Bruder dem Gambettisten Lavertujon gegenüberzustellen. Die Ultras der Linken verrathen immer deutlicher, daß Blanqui's Candidatur für sie nur ein Mittel ist, den Einfluß Gambetta's zu bekämpfen. Sie können sich unmöglich das verhehlen, daß von der persönlichen Thätigkeit



Blanqui's, dessen Gesundheitszustand durch den langen Aufenthalt im Gefängnisse außerordentlich zerrüttet ist, nichts mehr zu erwarten steht. Ihr Benehmen ließe sich entschuldigen, wenn sie aufrichtig auf die Befreiung Blanqui's hinarbeiteten, aber sie thun alles Mögliche, um der Regierung diese Begünstigung zu erschweren. Vor der Wahl in Bordeaux kann gewiß nicht von ihr die Rede sein. Das Ministerium, welches natürlich einen ungesetzlichen Erfolg dieses Candidaten nicht zulassen kann, hat, wie es heißt, den Präfecten in Bordeaux angewiesen, die Stimmen, welche Blanqui bei der Stichwahl zufallen, gar nicht in Rechnung zu bringen. — Die Bonapartisten schienen sich an, thätigen Antheil an der clericalen Agitation zu nehmen. Ihr Hauptorgan, „l'Ordre“ fordert zu starker Beteiligtheit an der Petitionsbewegung auf und die imperialistischen Deputirten sind sogar auf den seltsamen Einfall gekommen, selbst eine Petition an die Kammer zu richten, eine Petition also der Minderheit an die Mehrheit. — Der morgige Osterfeiertag kündigt sich nicht freundlich an. Seit gestern ist wieder Kälte mit gelegentlichem Schneefall eingetreten. Der Andrang zu den Kirchen war gestern am Garsfreitag nicht minder stark als in den früheren Jahren. — Das „Mémorial diplomatique“ erklärt sich für ermächtigt, die Gerüchte über eine baldige Vermählung der Prinzessin Beatrice mit dem Herzog von Aosta zu dementiren. — Eine der bekanntesten Pariser Persönlichkeiten ist aus den Reihen der Lebenden verschwunden. Der Director des „Figaro“, de Villemessant, mit seinem wahren Namen Jean Hippolyte Cartier, ist verflorenen Nacht in Monte Carlo in Folge von Blutersezung gestorben. Er war in Rouen im Jahre 1812 geboren und zählte also 67 Jahre. Seit 1839 redigirte er eine ganze Anzahl von Blättern, von denen jedoch keines eine so große Bedeutung (nicht im besten Sinne des Wortes) erlangt hat als der „Figaro“.

[Ueber die Matacong-Affaire] finden wir in den „Débats“

Nachstehendes:  
„Zum zweiten Male wurde vorgestern die englische Regierung bezüglich der Besetzung der Insel Matacong französischer Seite befragt und es geht das Gerücht, daß eine Fregatte abgeschickt wurde, um die durch diese Invasion bedrohten englischen Interessen zu beschützen. Würde man nicht in Wahrheit sagen, daß die Republik eben in vollem Frieden eines der Juwelen der Kaiserlich-britischen Krone weggenommen habe? Aber erstlich, wo ist dieses Juwel gelegen? Möge der Leser gut suchen zwischen dem 5. und 10. Grade an der Westküste Afrikas, in der Höhe von Sierra Leone, oder möge er lieber nicht suchen, er wird auf seiner gewöhnlichen Karte die Insel Matacong finden. Sie existirt indeß am Endpunkte des Deltas des Mellacorée-Flusses; es ist ein unscheinbares Inselchen, 2000 Meter groß und mit 300 Einwohnern, welches während der Ebbe mit dem Festlande zusammenhängt, und das Festland auf diesem Punkte ist das nördliche Ufer des Mellacorée-Flusses, das seit 1865 unter den Schutz Frankreichs gestellt ist, dessen Flage, umgeben von vier Kanonen, an der Mündung des Flusses, gegenüber dem Ende von Matacong weht. Keine Nacht hat bis jetzt die Ausübung unserer Souveränitäts- oder Suteränitätsrechte über das Gebiet, das seinen Namen dem Mellacorée entlehnt hat, bestritten. Es ist wahr, England ist bis zur Grenze der Tragweite unserer Kanonen am südlichen Ufer in Folge von früheren Verträgen mit den Chiefs der Tribus, welche diese Küste oft besuchen, vorgerückt; aber es hat niemals unseren legitimen Besitz des nördlichen Flußufers, wovon die Insel Matacong bei niedrigerem Meere einen Theil bildet, in Zweifel gezogen. Es scheint um so weniger berechtigt, heute unsere Eigentumsansprüche anzuzweifeln, als es dieselben vor kaum zwei oder drei Jahren formell anerkannt hat. Damals wie heute versetzte die englische Regierung nicht, das Interesse, welches sie daran hätte, uns die Mündung des Mellacorée räumen zu lassen, dieses Gebiet in die Zollgrenzen von Sierra Leone einzuschließen; aber zu dieser Zeit zögerte das Cabinet von London nicht, offen die Frage in Erwägung zu nehmen. Es bewies, nicht ohne Grund, sein Interesse größer als das unsere für den Besitz von Mellacorée, und indem es unser Eigentumsrecht anerkannte, bot es uns an, dieselbe gegen eine englische Besetzung derselben Küste, einige Grade nördlicher, auszu-tauschen, deren wir für die Sicherheit unserer Etablissements von Gambia sehr nötig hatten. Die Angelegenheit war im J. 1876 auf dem Punkte, zum Abschlusse zu kommen; sie zerfiel sich unglücklichweise im letzten Augenblicke, zum großen Bedauern der Männer, welche in den beiden Ländern den Gegenstand kannten. So viel ist gewiß, daß die englische Regierung im Verlaufe der von 1873 bis 1876 gepflogenen Verhandlungen die unbestreitbaren Rechte Frankreichs über das Gebiet von Mellacorée, wovon der Landstrich von Matacong einen Theil bildet, anerkannt hat. Wir haben also keinen Grund zu befürchten, daß sie gegenwärtig ernstlich daran denke, uns die Erzeugung zu machen, welche das in Rede stehende Delta abschließt und deren Einwohner seit 15 Jahren unter unserem Protectorat stehen, einem Protectorat, welches durch förmliche Abmachungen mit den einheimischen Häuptlingen bestätigt worden ist.“

Soweit die „Débats“. Im heutigen Ministerrath hat Herr Waddington angezeigt, daß die französischen Soldaten von Matacong zurückgezogen worden sind.

## Provinzial-Beitung.

—d. Breslau, 12. April. [Rechts-Ober-Ufer-Bezirks-Verein.] In der am 10. d. Mts. abgehaltenen Sitzung machte der Vorsitzende, Expeditions-Vorsteher Melker, die Mittheilung, daß die in der letzten Versammlung beschlossenen Petitionen an ihre Adressen abgegangen seien. Von der Promenaden-Deputation sei noch keine Antwort eingegangen. Dagegen sei vom Oberbürgermeister Friedensburg ein Antwortschreiben auf ein Gesuch des Vereins, welches Sonnabend, Nachmittags 5 Uhr, in der Rathsbienersube abgegeben worden, bereits am folgenden Montag, Vormittags 11 Uhr, beim Vorsitzenden eingegangen. Letzterer knüpfte hieran den Wunsch, daß die Angelegenheiten der Bürgerchaft in allen städtischen Bureauz eine ähnliche prompte Erledigung finden mögen. Dieses Antwortschreiben des Oberbürgermeisters bezieht sich auf ein Vereinsgesuch, betreffend die Rückzahlung von 9000 M. an den Oberbürgermeisterlichen Deichverband, und führt aus, daß dieses Gesuch seiner Zeit im Magistrat geprüft worden und, weil der Bezirks-Verein nicht für legitimiert erachtet worden sei, den Oberbürgermeisterlichen Deichverband zu vertreten, und weil — abgesehen hier von — für die Stadtgemeinde keinerlei Verpflichtung zur Rückzahlung jener 9000 Mark bestehe, zu den Acten genommen sei. Gleichzeitig erwidert der Oberbürgermeister auf ein Gesuch, betreffend die Pflasterung der Matthiasstraße, daß die Verfügung so lange ausgeföhrt worden, bis der Pflasterungs-Etat pro 1879/80 von der Stadtverordneten-Versammlung festgestellt worden. Nachdem dies jetzt geschähen, sei Magistrat nicht in der Lage, die gewünschte Pflasterung der Matthiasstraße in dem laufenden Jahre zu bewirken, nicht einmal dieselbe für das nächste Jahr in Aussicht zu stellen. — Hierauf gab Stadtverordneter Geier ein eingehendes und überschüssiges Referat über die Beratungen der Stadtverordneten-Versammlung zum Stadthaushalts-Etat pro 1879/80. Der Vorsitzende sprach hierfür dem Redner den Dank der zahlreichen Versammlung aus. — Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden wird über 14 Tage noch eine Versammlung stattfinden, in welcher Director Dr. Fiedler über die Bedeutung der hiesigen Gewerbeschule sprechen wird. — Eine Beschwerde über den schlechten Zustand einer Stelle auf der Ottstraße ist privatim dem Polizei-Commissariat überwiesen worden. Die betreffende Stelle wird bereits regulirt. — Telegraphen-Inspector Neumann beantragt demnach, beim Magistrat und bei der Stadtverordneten-Versammlung vorstellig zu werden, dahin zu wirken, daß die Ring-Bahn der Straßen-Eisenbahn vollständig ausgebaut werde und zwar durch eine Linie über die Matthiasstraße, Neue Junkerstraße, Lehmamm, Montanpstraße, einen Theil Sternstraße und Kahlstraße. Dadurch würde der Ring vollständig geschlossen. Der Vorsitzende beantragt, dieses Gesuch zunächst an die Direction der Straßen-Eisenbahn zu richten. Letzterer Antrag wird angenommen. Hierbei bemerkt Herr Geier, daß er aus zuverlässiger Quelle vernommen habe, die Einnahmen aus den Erträgnissen der Straßen-Eisenbahn würden künftiges Jahr für die Stadt 45,000 M. betragen. — Zum Schluß der Versammlung, an der auch Damen theilnahmen, explicirte Herr Fuhrmann unter dem Beifall der Anwesenden den Eisenbahn-Panorama und die bekannte Noten-Druck.

\* [Der Schlesisch-Posener Zweigverein des deutschen Realschulmännervereins] hielt am 8. d. M. in der Realschule zum Heiligen Geist zu Breslau seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht über die

Thätigkeit und die Lage des Vereins ergiebt sich, daß dem Verein 84 Mitglieder angehören und das ein Kasseneinstand von ca. 240 M. vorhanden ist. Dem Kassirer wird die Rechnung überreicht. Aus der Besprechung, die sich über die Lage der Realschulen im Allgemeinen und speciell über die Wirksamkeit des Vereins in den beiden Provinzen erging, ist hervorzuheben, daß die Stellung der Realschule I. O. seit etwa einem Jahre eine wesentlich günstigere geworden ist. Aus den Verhandlungen, die im Abgeordnetenhaus, in den Commissionen dieses Hauses und des Reichstages bei verschiedenen Anlässen gepflogen worden sind, besonders aber aus den Erklärungen der technischen Räte im Cultusministerium geht mit Evidenz hervor, daß man die ausschließlich bevorzugte Stellung der Gymnasien für die Dauer nicht aufrecht erhalten wird, daß die Bildung der Realschulen mehr und mehr Anerkennung findet. Der günstige Bericht, den die Facultäten und wissenschaftlichen Prüfungscommissionen über den Erfolg der Realschulabsolventen bei den Studien erstattet haben, läßt erwarten, daß man nicht Anstand nehmen wird, weitere Consequenzen zu ziehen. Die Errichtung der neuen Gewerbeschulen wird dazu nöthigen, die Dreitheilung des höheren Schulwesens mit größerer Consequenz durchzuführen, als bis jetzt geschähen ist. — Die von einer Seite ausgesprochene Auffassung, daß aus praktischen Rücksichten der Verein seine frühere Forderung der Gleichberechtigung der Realschule mit dem Gymnasium fallen lassen habe und sich begnüge, für die Abiturienten die Zulassung zum Studium der Medicin zu erwirken, indem dies Ziel leichter erreichbar scheint, wurde dahin berichtigt, daß der Verein, der hiesige Zweigverein sowohl, wie der allgemeine Realschulmänner-Verein, an dem Sage: „Die Realschule gewährt eine der gymnasialen gleichwertige Bildung und ihren Abiturienten gebührt der Zutritt zu allen Univeritätsstudien“, nach wie vor festhält. Wenn bei der Thätigkeit des letzten Jahres fast allein von der Medicin die Rede war, so hatte dies seinen Grund darin, daß die Revision der Prüfungsordnung für Aerzte, die der Reichstasler angeordnet hatte, Anlaß gab, die Frage der Gleichstellung von Realschule I. Ordnung und Gymnasium in dieser Beziehung vor den Reichstag in Form einer Petition zu bringen und — da die Medicin als ein Gewerbe angesehen wird — als solches zu den Angelegenheiten des Reiches gehört, andere Berechtigungen der Schulen aber nicht, so konnte dem Reichstag und Reichstasler gegenüber nur von der Zulassung zum Studium der Medicin die Rede sein. Handelte es sich um Verabreichung des Unterrichtsgesetzes, so werde man sich nicht bedenken, principielle Gleichstellung beider Schulen zu beanspruchen. — Ein Redner hielt es in Rücksicht auf die neu construirten Gewerbeschulen für zweckmäßig, wenn in Zukunft eine principielle Vertheilung der Berechtigungen an die 3 Schulgattungen stattfände, so daß einige Berechtigungen mehreren Schulen gemeinsam sein könnten, der Zutritt zu anderen Fächern durch ein vor dem Beginn der Studien an der Universität oder am Polytechnicum abzulegenden Nachexamen ermöglicht würde. Es würde dann beispielsweise ein Realschulabsolvent, der die Theologie zu studiren wüßte, vor Beginn des Studiums vor einer Commission von Professoren der Theologie das nöthige Maß von Kenntnissen in Griechisch und Hebräisch zu documentiren haben; ein Gymnasialabsolvent würde ebenso ein Examen zu bestehen haben vor Eintritt in das Polytechnicum u. s. w. Diese Ansicht fand aber wenig Beifall, da man glaube, daß die Behörden sich nie dazu verstehen würden, dem Gymnasium Rechte zu entziehen und die Rücksichten auf die Gewerbeschulen sollten für den Realschulmänner-Verein in keiner Weise maßgebend sein.

Die Ansichten, welche die Realschule hat, ihren Abiturienten den Zutritt zur Medicin zu verschaffen, und die Stellung, die die Behörden und die ärztlichen Vereine hierin einnehmen, veranlaßten eine längere Discussion. Man war darin einig, daß die Gutachten dieser Vereine, so schroff abweisend sie auch in der großen Mehrzahl sind, dennoch keineswegs als eine Niederlage der Realschulfrage angesehen werden können. Der Vorstand des Zweigvereins hat sich bemüht, den Aerzten zur Orientirung über die in Rede stehenden Fragen Material in Form von Broschüren zugänglich zu machen, aber freilich wenig Entgegenkommen und Dank dafür gernernt. Daß die Gutachten, namentlich in Schlesien und Posen zu unsern Gunsten ausfallen würden, hat Niemand erwartet. Gleichwohl würden die Gutachten doch vielfach für uns, denn wenn auch nur selten die Gründe für das ablehnende Verhalten veröffentlicht wurden, so lassen die bekannt gemachten doch erkennen, daß viele Aerzte eine das Wesen des Gymnasiums bedeutend umgestaltende Reform desselben noch für möglich halten, daß sie vielfach die Leistungen der Realschule nicht würdigen und falsche Ansichten über dieselbe hegten. Auch der Umstand, daß mehrfach gesagt wird, so lange die Realschule nicht zu anderen Univeritätsstudien, speciell zur Jurisprudenz vorbereitet dürfe, erscheint die Forderung, den Realschulen die Berechtigung zur Medicin zu gewähren, als eine Herabsetzung des Standes der Aerzte, läßt erkennen, wie die ganze Frage am zweckmäßigsten dadurch gelöst würde, daß die Berechtigungen der Realschule nicht Stückweis erweitert würden, sondern daß die volle Gleichberechtigung mit dem Gymnasium auszusprechen sei. Sehr natürlich muß es erscheinen, wenn die Aerzte eine Beinträchtigung ihrer Standesehre — ein Moment, das heut in den Kreisen von Beamten eine große Rolle spielt — darin zu erblicken glauben, wenn ihre Kollegen in Zukunft auf einer ihnen niedriger zu seihen scheinenden Schule gebildet werden können, und eben so natürlich, daß der Mangel der Studirenden an naturwissenschaftlichen Kenntnissen nicht gern eingestanden wird. Kommt nun noch dazu, daß man wenig von den Leistungen der Realschule weiß (vielleicht halten sie ja heut noch für eine Art Fachschulen), so erklären sich die Gutachten sehr leicht. Uebrigens erscheint ein Vorgang im ober-schlesischen Aerzte-Verein als charakteristisch. Der Referent in der bewußten Frage war ein Sanitätsrath aus Reife, der also Gelegenheit haben konnte, sich von den Leistungen der Realschule durch eigenes Beobachten am Orte zu informieren. Dieser plaidirte für Gleichstellung der Realschulen mit den Gymnasien, der Correspondent, wohnhaft in Neustadt, wo nur ein Gymnasium existirt, hat wohl kaum Gelegenheit gehabt, eine eingehende Vergleichung beider Schulen anzustellen, erklärte sich aber sehr entschieden gegen die Realschulen. Da eine kleine Anzahl von Aerzte-Vereinen sich immerhin trotz aller solcher Ansicht entgegenstehenden Momente für die Vorbereitung der Mediciner auf den Realschulen erklärt hat und in manchen nicht unerheblichen Minoritäten sich gefunden haben, so kann das Ergebnis der ärztlichen Gutachten, zumal in Rücksicht auf die undurchführbaren Reformvorschläge in Betreff des Gymnasiums, keineswegs als eine Schlappe, die die Realschule erlitten habe, angesehen werden. Der Verein wird zunächst eine zuwartende Stellung einzunehmen haben, bis die Vorlegung des Unterrichtsgesetzes erfolgt oder definitiv aufgegeben sein wird. — Als Vertreter des Zweigvereins für die Generalversammlung des Hauptvereins in Berlin wurde Director Frische-Grünberg designirt, und der Beschluß des Vorstandes, nur einen Delegirten zu entsenden, gut geheißen. Die bisher als Delegirte des Zweigvereins neben dem Genannten fungirenden Oberlehrer Beyer-Rawitsch, Professor Stenzel-Breslau wurden wiedergewählt und als vierter für event. Fälle Director Messert-Breslau nominirt. Oberlehrer Beyer erstattete Bericht über die vorjährige Generalversammlung in Berlin. — Nach Erledigung einiger weiterer geschäftlicher Punkte wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus Oberlehrer Schmidt-Breslau als Vorsitzenden, Dr. Nordmeyer, Director Messert, Professor Stenzel-Breslau, Oberlehrer Beyer-Rawitsch, Director Frische-Grünberg, Rector Meyer-Freiburg, wiedergewählt und die Versammlung vom Vorstehenden 12¼ Uhr geschlossen.

H. Breslau, 15. April. [Achte Schlesische Provinzial-Lehrer-Versammlung.] Nachdem am gestrigen Abende in einer kurzen Vorbereitungsversammlung die erforderlichen Vorarbeiten, Wahl des Bureauz und Feststellung der Tagesordnung für die Hauptversammlung, erledigt worden waren, wurde heut Vormittag 9 Uhr in dem festlich decorirten oberen Saale des Café restaurant die Hauptversammlung durch den Vorsitzenden des Schlesischen Provinzial-Lehrervereins, Hauptlehrer Töppler I. Breslau, mit einigen Worten der Begrüßung eröffnet. Den Beschläßen der Vorbereitungsversammlung entsprechend wurde sodann das Bureau in der Weise gebildet, daß zu Vorsitzenden Töppler I. Breslau und Langner-Breslau, zu Schriftführern Töppler II. Breslau und Dzialis-Breslau, und zu Beisitzern Director Kratz-Biegwitz, Härtel-Görzig und Prüfer-Ologan ernannt wurden.

Der Vorsitzende machte demnachst darauf aufmerksam, daß gleichzeitig mit der Schlesischen Provinzial-Lehrer-Versammlung, in Berlin der Delegirten-Tag des Deutschen Lehrervereins und in Hamm der Westfälische Provinzial-Lehrerverein tagen. Der Vorstand wurde beauftragt, beide Versammlungen telegraphisch zu begrüssen. Ebenso wurde beschlossen, den Ehrenpräsidenten des Schlesischen Provinzial-Lehrervereins, Seminarlehrer Kiesel in Ottweiler (Rheinprovinz) auf gleichem Wege zu begrüssen. Nachdem hierauf noch einige geschäftliche Mittheilungen gemacht worden waren, erhielt zunächst Kreisinspector Dr. Hippauf-Ostrowo das Wort zu einem Vortrag über „die Schulbankfrage unter Vorführung eines Modells natürlicher Größe.“ Derselbe demonstrirte in instructiver Weise eine von ihm construirte, von Seiten des Cultusministers zur Einführung empfohlenen und bereits von 110 Schulen höherer und niedriger Ordnung eingeführte Schulbank. Nachdem er einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Schulbankfrage geworfen und die bisherigen Systeme kurz

skizzirt hatte, legte er die Vorzüge seines Systems in eingehender Weise dar. Die in Rede stehende Schulbank hebt in ihrer Vorderlage die Distanz zwischen Pult- und Bankante vollständig auf und gestattet zugleich dem Lehrer, hinter den Schülern während des Schreibens, schriftlichen Rechnens und Zeichnens behufs Besichtigung der Arbeiten hindurch zu gehen, gestattet auch einzelnen Schülern, rückwärts über die Bank herauszutreten, ohne die nebenstehenden zu stören. In der Hinterlage gewährt die Sitzplatte dem Schüler die Möglichkeit, sich des folgenden Buches als Nebenlehre zu bedienen und nach Erfordern frei zu stehen. Die Verlegung der Sitzplatte geschieht auf Anordnung des Lehrers durch die Schüler so schnell als leicht und geräuschlos, indem schon durch bloßes Aufstehen ein genügender Druck der Schenkel gegen die Vorderante ausgeübt wird, um die Bank aus der Vorderlage in die Hinterlage zu bringen; ein leichtes Heben besagt. Ziehen an der Hinterante stellt die Vorderlage wieder her. Ein besonderer Vorzug des Systems besteht darin, daß sich jede Schulbank älterer Systeme ohne große Schwierigkeiten und Kosten nach diesem System umarbeiten läßt. Die Beschreibung nächst Zeichnung und genauester Anweisung für den Tischler liefert Dr. Hippauf für den Preis von 5 M. Der Besteller erhält damit zugleich das Recht der Einföhrung des Systems in der betreffenden, namhaft zu machenden Schulanstalt. Modelle liefert die Fabrik von Schleginger-Breslau (Klosterstraße). Der Vortragende empfahl am Schlusse seiner Ausführungen der Versammlung die Annahme folgender Beschlüsse:

1) Stabile Schulbänke jeglicher Art sind unzweckmäßig, weil bei vorhandener Plusdistanz die Schüler eine gesundheitswidrige Schreibstellung einzunehmen gezwungen sind, bei vorhandener Null- oder Minus-Distanz die Bänke aber nur zweifelhafte sein können und die Schüler stets zu seitlichem Sichhinschieben und seitlichem Aufstehen genöthigt sind, also auch Schaden an ihrer Körperhaltung erleiden.

2) Alle bis jetzt bekannt gewordenen mobilen Schulbank-Systeme sind ihrer Rostigkeit, bedeutenden Raumverderbnis und der oft nothwendig werdenden Reparaturen wegen für Volksschulen resp. Communal-schulen ungeeignet und entsprechen auch sonst nicht allen an sie zu stellenden Anforderungen.

3) Das mobile Schulbank-System des Dr. Hippauf ist zur Einföhrung in jeder Weise vorzüglich geeignet, denn es entspricht allen an eine Schulbank zu stellenden Anforderungen, hinsichtlich der Gesundheit, der Disciplin und des Unterrichts, sowie des Preises, der Dauerhaftigkeit und der Raumersparnis. Die 8. schlesische Provinzial-Lehrerversammlung hat davon die Ueberzeugung gewonnen und empfiehlt dasselbe zu allgemeiner Einföhrung.

Die Versammlung, welche sich sowohl durch den Vortrag des Herrn Dr. Hippauf, als auch durch den Augenschein überzeuge, daß die Hippauf'sche Bank trotz der billigen Herstellung bedeutende Vorzüge bietet, nahm den Vortrag mit großem Interesse entgegen und erklärte sich im Allgemeinen mit demselben einverstanden.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Collegen Langner-Breslau „Unsere Standesehre.“ Derselbe führte im Allgemeinen Folgendes aus:

Die Wahrung seiner Standesehre erscheine für den Volksschullehrer um so mehr als unabweißbare Pflicht, je mehr die Anerkennung der hohen Wichtigkeit seiner Berufsarbeit Ausdruck gewinnt. Die Factoren, welche der Lehrerschaft in dieser Pflichtenfüllung hindernd entgegenstehen, seien ein Theil der Berufsgeossen, die vorwiegend materielle Richtung der Zeitzeit, die Unvollkommenheit der noch in steter Weiterentwicklung begriffenen Maßnahmen für die bestimmte Regelung des gesammten Schulwesens, die mangelhaften Sympathien der Volksvertretung und der Presse für die Volksschulfrage. Die Stärkung des Standesbewußtseins der Lehrerschaft und die Förderung der Standesehre derselben sei zu erhoffen aus dem vorbildlichen Verhalten der Lehrer in ihren verschiedenen Wirkungskreisen, insbesondere sei ein musterhaftes Vereinsleben verbunden mit der Parole: „Vorwärts!“ der Quell, aus dem alle Lehrer schöpfen müssen. Der Verstandes- und Gemüthsbildung müsse durch mögliche Vereinfachung des Lehrplanes unter dem Motto: „Wenig aber gründlich“ mehr Raum gegeben werden. Besseres erzeuge Dünkel, Selbstüberhöhung und Unzufriedenheit. Das längst erwartete Schulgesetz möge in der äußeren und inneren Ausgestaltung des gesammten Schulwesens, wie in der Sorge für seine Träger ein Förderer der Standesehre werden. Wende dann auch die Presse der Volksschulfrage in Anerkennung ihrer weitreichenden Bedeutung ihr volles Interesse zu, dann komme einer der wichtigsten Hebel zur Förderung der Standesehre in erwünschte Thätigkeit.

In Rücksicht auf den inneren Zusammenhang zwischen dem Vortrage des Herrn Langner und dem von der Vorbereitungsversammlung als dritter Gegenstand auf die Tagesordnung gestellten Referate des Lehrers Winkler-Schreiberbau: „Ueber die außeramtliche Thätigkeit des Lehrers“ beschloß die Versammlung auf Antrag des Collegen Hänsel-Hirschberg, zunächst den letzteren Vortrag zu hören und erst dann in eine Discussion über beide einzutreten.

Lehrer Winkler legte seinen Ausführungen nachstehende Sätze zu Grunde:

- 1) Des Lehrers beste Kraft gehört der Schule.
- 2) Das Einkommen des Lehrers sei deshalb ein solches, daß er nicht gezwungen ist, um des Erwerbes willen Nebenbeschäftigungen zu treiben.
- 3) Nebenbeschäftigungen oder Nebenämter sind statthaft, doch gilt hierbei als:  
a. unbedingt erforderlich, daß die außeramtliche Thätigkeit nicht das Schulleben störe oder die Standesehre schädige;  
b. wünschenswerth, daß diese Thätigkeit in erkennbarem Zusammenhange mit den Amtspflichten stehe und sich vor Allem auf die geistige, sittliche und wirtschaftliche Hebung des Volkes richte.

In der über beide Vorträge eröffneten Discussion, an der sich die Herren Teuber-Breslau, Hänsel-Hirschberg, Schröder-Berlin, Feulner-Freiburg, Mros-Laband und der Vorstehende theilnahmen, stellte Teuber-Breslau den Antrag, die Versammlung wolle erklären: „Die schlesische Lehrerversammlung spricht den Wunsch aus, daß Männer aus dem Volksschullehrer Stande zur Vertretung ihres Standes in die Schulverwaltung gewählt werden.“

Die Versammlung trat mit großer Majorität sowohl den Thesen des Herrn Winkler als auch dem Antrage Teuber bei und nahm ebenso auch eine von Langner-Breslau gestellte Resolution an, dahin lautend: 1) der Lehrer selbst, 2) die Behörden und 3) die Presse haben die Verpflichtung, die Förderung unserer Standesehre in höherem Maße als bisher ins Auge zu fassen.“

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Lehrers Kynast-Breslau über: „Die Heranziehung der Lehrer zu den Communalsteuern.“ Derselbe motivirte in eingehender und von der Versammlung beifällig aufgenommener Weise nachstehende Thesen:

- I. Die Lehrer haben so lange berechtigten Anspruch auf Befreiung von den Communalsteuern:  
a. als ihnen nicht die vollen Rechte eines Gemeinbürgers gewährt werden,  
b. als ihre Gehaltsverhältnisse nicht gesetzlich geregelt und die Gehälter in den meisten Fällen auf ein Minimum festgesetzt sind.
- II. Erst dann, wenn die angeordneten Vorbereitungen erfüllt sind, wird die Heranziehung der Lehrer zu den Communalsteuern, entsprechend der communalen Besteuerung der Staatsbeamten, gerechtfertigt erscheinen und im Interesse einer besseren socialen Stellung von den Lehrern gebilligt werden können.

Von einer Discussion der Thesen mußte wegen vorgerückter Zeit Abstand genommen werden. Die Versammlung gab denselben mit großer Majorität ihre Zustimmung.

Hiermit wurde nach einigen geschäftlichen Mittheilungen die 8. schlesische Provinzial-Lehrer-Versammlung, der etwa 300 Theilnehmer beizohnten, gegen 1 Uhr geschlossen.

Im Anschluß an dieselbe fand demnachst die Generalversammlung des Schlesischen Provinzial-Lehrervereins statt. Bei derselben waren 44 Zweigvereine durch Delegirte vertreten. Die Verhandlungen wurden von dem Vorsitzenden des Provinzial-Lehrervereins, Hauptlehrer Töppler I. geleitet. Zur Erledigung gelangte zunächst der von Töppler II. erstattete Jahresbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß trotz vieler Hindernisse und Schwierigkeiten ein großer Theil der Zweigvereine mit Fleiß und Energie sich der Förderung der Vereinsbestrebungen gewidmet hat. Die Zahl der schlesischen Lehrervereine ist 102 mit ca. 2150 Mitgliedern. Der Provinzialvereins-Vorstand war bemüht, durch Anträge und Petitionen bei dem Abgeordnetenhaus eine gesetzliche Regulirung und Erhöhung der Alterszulagen, sowie der Emeriten- und Wittwen-Pensionen herbeizuföhren. Bedauerlich erscheint die Zurückhaltung, welche die schlesischen Lehrer bezüglich der wiederholt in Anregung gebrachten Begründung eines Emeritenfonds an den Tag legen. Als Vereinsorgan wurde nach wie vor die „Schlesische Schulzeitung“ beibehalten.

Der hierauf von Schönwälder-Breslau vorgetragene Kassenbericht ergab eine Einnahme von 1384 und eine Ausgabe von 784 Mark. — Zu

\*) Wir sollten meinen, die Sympathien beider könnten kaum noch vermehrt werden. D. Red.



Rechnungs-Revisoren wurden Baumert-Hausdorf, Härtel-Görlich & Zentner-Freiburg ernannt.

Im Anschluß an den Jahresbericht wurde der Vorstand des Provinzial-Lehrer-Vereins beauftragt, bei der bevorstehenden 50jährigen Hochzeitsfeier der kaiserlichen Majestät die Glückwünsche und Gefühle der schlesischen Lehrerschaft in geeigneter Weise an Hoher Stelle zum Ausdruck zu bringen.

Nachdem sodann noch dem Bureau seitens der Versammlung der Dank für die Geschäftsleitung durch Erheben von den Plätzen ausgedrückt worden war, wurde die General-Versammlung geschlossen.

H. Breslau, 13. April. [Schlesischer Provinzial-Vestalozzi-Verein.] Die diesjährige Generalversammlung des Provinzial-Vestalozzi-Vereins wurde heute Nachmittag 5 Uhr hier selbst in dem festlich decorirten oberen Saale des Café restaurant nach vorangegangener kurzer Vorversammlung, in der die Herren Härtel-Görlich, Dertel-Schöneiche und Frisch-Vollenhain zu Rechnungs-Revisoren gewählt wurden, durch den Vorsitzenden des Provinzial-Vorstandes, Laubstammen-Anstalts-Director Kraß, eröffnet.

Der Bericht weist zunächst darauf hin, daß die günstigen Resultate, welche auch das abgelaufene Vereinsjahr aufweisen kann, vor Allem der Unterstützung zu verdanken sind, welcher die Vereinsbestrebungen seitens der hohen und höchsten Behörden sich erfreuen.

An Beiträgen wurden von den Mitgliedern in Summa 11,064,45 M. aufgebracht, 745,75 M. mehr wie voriges Jahr. Die höchsten Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen hatten die Vereine Görlich (882,25 M.), Breslau (807 M.), Striegau (683 M.), Schweidnitz (535,50 M.), Waldenburg (474,75 M.)

Unterstützt wurden im verflochtenen Jahre 520 Wittwen resp. Waisen mit einer Gesamtunterstützungssumme von 12,528,57 M. Der Durchschnittssatz für jede Unterstützung war etwa 24 M.

Für die nächstjährige General-Versammlung wurde mit Rücksicht auf den Umstand, daß im nächsten Jahre der Provinzial-Verein, der 1870 in Giegnitz gegründet wurde, 10 Jahre besteht, Giegnitz als Versammlungsort gewählt.

X. Neumarkt, 15. April. [Concert.] Einweihung des Kirchhofes. — Straßen-Pflasterung. Beide Feiertage concertierte im Baum'schen Saale sowohl im im Feldschloßchen die neue verstärkte Capelle des Musik-Directors Fren, eines Oesterreichers (Wiener), der sich hierorts niedergelassen und als tüchtiger Musiker mit gründlicher Fachbildung schon recht tüchtiges geleistet hat.

Breslauer Thore durch den Pastor prim. Dr. Hüner von hier, der sich wegen der Beschaffung des Kirchhofes und dessen Einrichtung viele Verdienste erworben, hat. Ein zahlreiches Publikum hatte sich auf dem Kirchhofe eingefunden, wo der Beiseit würdig vorgenommen wurde.

© Trebnitz, 13. April. [Kaiser-Wilhelms-Stiftung. — Thätigkeit der Schiedsmänner. — Verirrtes Kind. — Erlöschene Krankheit.] Die am 11. Juni c. stattfindende Feier des goldenen Jubiläums unseres erlandeten Kaiserpaars wird auch in unserer Stadt in würdiger Weise begangen werden und zwar nicht allein durch Festlichkeiten, sondern auch durch die Begründung einer Wohlthätigkeits-Stiftung, wie dies dem kundgegebenen Willen Ihrer Majestät entspricht.

© Sabelschwert, 14. April. [Verwaltungsbericht.] Dem Berichte des Kreis-Ausschusses über die Verwaltung und den Stand der Kreis-Communal-Angelegenheiten für das Jahr 1878 entnehmen wir Folgendes: Schon in einer am 21. December 1877 abgehaltenen Sitzung des Kreistages hatte sich dieser für die Vereinigung der Amtsbezirke Brand und Altweitzritz ausgesprochen und die diesbezüglichen Verhandlungen an das tgl. Oberpräsidium zur Genehmigung abgesandt.

X. Leobschütz, 14. April. [Zum Schulwesen.] Inhalts des Etats für die städtischen Schulen pro 1. April 1879 — 80 stellen sich die Einnahmen auf 42,240 Mark, wovon auf den Zuschuß aus der Kammereintasse allein 40,530 Mark entfallen, 3057 Mark 50 Pf. mehr gegen das Vorjahr.

o. Pittschen, 15. April. [Vereins-Angelegenheiten. — Wetter.] Oestern vereinigen sich Mitglieder und Freunde des Thierschutz-Vereins aus Stadt und Umgegend zu dem letzten geselligen Vergnügen für diesen Winter im Saale des Herrn Julius Prjeremebel.

Berlin, 15. April. [Börse.] Das aus Petersburg gemeldete Attentat auf den Kaiser von Rußland konnte, da es ja glücklicher Weise vereitelt war, auf die Stimmung der Börse einen depressiven Einfluß nicht üben und es stand das heutige Geschäft ganz unter dem Einfluß der von Wien einlangenden Cours-Depeschen.

Köln, 15. April. [Die Einnahmen der Köln-Mindener Eisenbahn] betragen im Monat März 1879 a. auf der Hauptbahn u. M. 2,104,388, gegen dieselbe Zeit im Vorjahre Plus M. 142,719, b. auf der Strecke Köln-Gießen incl. Rheinbrücken: M. 639,980, gegen dieselbe Zeit im Vorjahre Minus M. 39,315, c. auf der Strecke Venlo-Samburg: M. 1,262,196, gegen dieselbe Zeit im Vorjahre Plus M. 9,363.

Frankfurt a. M., 15. April. [Bei der heutigen Ziehung der Palmengarten-Lotterie] fiel der erste Hauptgewinn auf Nr. 32,312, der zweite auf Nr. 36,455; fernere Hauptgewinne fielen auf Nr. 458, 6918, 13,167, 20,647, 33,774, 40,185, 43,666 und 46,158.

Wien, 15. April. [Die Generalversammlung der österreichisch-französischen Staatsbahn] findet am 17. Mai statt; auf der Tagesordnung stehen die üblichen Verhandlungsgegenstände; der Termin zur Deposition der Actien behufs Theilnahme an der Generalversammlung läuft am 3. Mai ab.

Berlin, 15. April. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist während der beiden Feiertage raub und unfreundlich gewesen, wurde heute zwar heiterer, die Luft ist aber immer noch kalt.

Weizen loco 150—193 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märk. — M. ab Bahn bez., per April-Mai 182—182½ Mark bez., per Mai-Juni 182—182½ M. bez., per Juni-Juli 185—186—185½ M. bez., per Juli-August 186—187—186½ M. bez., per September-October 189—189½—189 Mark bez., per Februar-März, abgelauene Anmeldungen 177—178 M. Gefündigt 7000 Centner. Rübungspreis 182½ Mark. — Roggen loco 112—130 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 112—119½ M. ab Bahn bez., defeciter russ. 105—109 M. ab Bahn bez., inländischer 120—127 M., feiner inländ. — M. ab Bahn und Bahn bez., per April und April-Mai 119½—119 M. bez., per Mai-Juni 119½ bis 119 M. bez., per Juni-Juli 121½—121 M. bez., per Juli-August 123½ bis 123 M. bez., per September-October 127—126½ Mark bez. Gefündigt 13,000 Centner. Rübungspreis 119½ M. — Gerste loco 100—180 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco 114—120 Mark nach Qualität gefordert, rumänischer 114 M. ab Bahn bez. — Hafer loco 103—138 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 110—119 Mark bez., russischer 110—117 M. bez., pommerischer 115—120 Mark bez., schlesischer 115—122 M. bez., böhmischer 115—122 M., feiner weißer pomm. und mecklenburgischer 121—124 M. ab Bahn bez., per April und April-Mai 120—120½ Mark bez., per Mai-Juni 121 M. bez., per Juni-Juli 123 M. bez., per Juli-August 123½ M. bez., per September-October 128 M. bez. Gef. — Centner. Rübungspreis — M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Nr. 0 und 1: incl. Sad per April und April-Mai 17,15 Mark bez., per Mai-Juni 17,25 M. bez., per Juni-Juli 17,35 Mark bez., per Juli-August 17,55 M. bez., per September-October 17,75 M. bez. Gefünd. — Centner. Rübungspreis — M. — Kübel pro 100 Kilo loco mit Fas. — M. bez., ohne Fas. — M. bez., per April und April-Mai 57,8—57,3 Mark bez., per Mai-Juni 57,8—57,3 M. bez., per Juni-Juli — M. bez., per September-October 60—59,8—60—59,4 M. bez., per October-November 60,2—59,6 M. bez. Gefündigt — Ctr. Rübungspreis — M. — Leinöl loco 59 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Fas. 20,8 Mark bez., per April und April-Mai 20,0—20,5—20,6 M. bez., per Septbr.-October 24,5 Mark bez. Gefündigt 1400 Ctr. Rübungspreis 20,6 Mark.



